

**Marija Kolak,
Präsidentin des
Bundesverbandes der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken (BVR)**

Statement

**Pressekonferenz zum Konsolidierten
Jahresabschluss der Genossenschaftlichen
FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken 2017**

18. Juli 2018

Bundesverband der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken • BVR

Pressesprecherin:
Melanie Schmergal

Schellingstraße 4
10785 Berlin

Telefon: +49 30 2021-1300

presse@bvr.de
www.bvr.de
twitter.com/BVRPresse
facebook.com/BVRBerlin

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es freut mich, Sie alle hier in Frankfurt wiederzusehen. Zusammen mit meinen Vorstandskollegen Dr. Andreas Martin und Gerhard Hofmann möchte ich mit Ihnen jetzt über den **Konsolidierten Jahresabschluss 2017 der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken** sprechen. Wie Sie wissen stellt sich die genossenschaftliche FinanzGruppe mit ihrem konsolidierten Jahresabschluss als Verbund gesamthaft dar. In dieser Betrachtung sind die finanziellen Positionen innerhalb der Gruppe konsolidiert. Im Abschluss werden die nach HGB aufgestellten Bilanzen der Ortsbanken auf die wesentlichen internationalen Rechnungslegungsstandards gemäß IFRS übergeleitet. Gleichzeitig ist der konsolidierte Jahresabschluss das Instrument für die kapitalmarktorientierte Betrachtung der FinanzGruppe. Er dient insbesondere den beiden Ratingagenturen zur Einwertung des weiterhin sehr guten Verbundratings. Wir betrachten also heute nicht nur – wie im März – das Geschäftsjahr der 915 Genossenschaftsbanken, sondern unsere ganze Gruppe: die Volksbanken und Raiffeisenbanken, Sparda-Banken, PSD Banken und weitere genossenschaftliche Spezialinstitute, die DZ BANK und die zentralen Produktspezialisten, also die Hypothekenbanken, die Bausparkasse Schwäbisch Hall, die R+V Versicherung, die Union Investment, die VR Leasing, die TeamBank und die DZ PRIVATBANK. Das **Geschäftsjahr 2017** war, das will ich gern vorausschicken, erneut ein erfolgreiches Jahr. Befördert durch ein kräftiges Wachstum im Kundengeschäft legt die genossenschaftliche FinanzGruppe mit einem konsolidierten Ergebnis vor Steuern in Höhe von 8,9 Milliarden Euro ein gutes Ergebnis vor – im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 7,3 Prozent. Ihren Zinsüberschuss hielt die genossenschaftliche FinanzGruppe mit 18,6 Milliarden Euro nahezu auf Vorjahresniveau. Der Provisionsüberschuss stieg kräftig um 8,9 Prozent auf knapp 6,5 Milliarden Euro. Die Bilanzsumme der genossenschaftlichen FinanzGruppe wuchs leicht um 27,5 Milliarden Euro auf 1,24 Billionen Euro. Dahinter steht vor allem das kundenbezogene Wachstum der Genossenschaftsbanken vor Ort mit ihren 30 Millionen Kundinnen und Kunden – 18,5 Millionen davon sind Mitglieder. Der Anteil der Primärbanken an der Bilanzsumme stieg entsprechend auf 61,7 Prozent.

Meine Damen und Herren, natürlich wollen wir Ihnen auch in Zukunft erfreuliche Ergebnisse präsentieren. Dazu müssen wir uns immer wieder aufs Neue den technologischen Entwicklungen, neuen Wettbewerbern und vor allem natürlich den Erwartungen unserer Kunden stellen. Wir haben uns hier in Frankfurt bereits über mobiles Bezahlen unterhalten, über Alexa oder über das Peer-to-Peer-Überweisen mit Kwitt. All dies bieten wir unseren Kundinnen und Kunden an. Um das genossenschaftliche Geschäftsmodell zukunftsfest zu machen, geht es nun darum, die selbstständige Genossenschaftsbank vor Ort als wichtige Finanzplattform für ihre Mitglieder und Kunden fest zu verankern. Die genossenschaftliche FinanzGruppe treibt daher gemeinsam die **Strategieentwicklung zum Thema Digitalisierung** und die damit verbundenen Investitionen in

die IT weiter voran. Auf unserer Mitgliederversammlung im Juni gab es dazu ein starkes Bekenntnis. Es geht um zusätzliche Investitionen bei der Fiducia & GAD IT AG in Höhe von 500 Millionen Euro in die Informationstechnologie. Begleitet werden diese von entsprechenden Investitionen der DZ BANK Gruppe. Geplant ist der Ausbau der digitalen Zugangswege im Privat- und Firmenkundengeschäft – um das Kundenerlebnis auf allen Kanälen exzellent zu gestalten. Interdisziplinär besetzte Teams mit Vertretern der Fiducia & GAD IT AG, der Genossenschaftsbanken und weiterer Unternehmen der genossenschaftlichen FinanzGruppe arbeiten an der IT-Realisierung unseres Omnikanalmodells. Filialen, Servicecenter, Onlinebanking und Banking-App werden technisch integriert und stärker miteinander verzahnt. Services, genossenschaftliche Beratung und Produktabschluss sollen auf allen Kanälen medienbruchfrei angeboten werden. Durch die Nutzung von Schnittstellen (API) sollen bestehende Lösungen künftig einfacher angebunden und Innovationen im digitalen Banking schneller realisiert werden. Daher schaffen wir eine neue Omnikanalvertriebsplattform. Unserem dezentralen Geschäftsmodell bleiben wir dabei treu.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich jetzt kurz auf das Umfeld schauen, in dem unsere FinanzGruppe wirtschaftet: In Deutschland ist die **konjunkturelle Lage** weiter gut. Der Aufschwung setzt sich fort, auch wenn das Wirtschaftswachstum etwas zurückgehen dürfte. Das Bruttoinlandsprodukt wird wohl in diesem Jahr inflationsbereinigt um 2,0 Prozent zunehmen. Der private Verbrauch profitiert weiter von der sehr guten Arbeitsmarktlage und von steigenden Realeinkommen. Auch von den Investitionen, die moderat bis kräftig wachsen, geht ein Wachstumsbeitrag aus. Der Wachstumsimpuls durch den Außenhandel ist nur gering. Die Exporte erhöhen sich zwar moderat, allerdings fällt das von der Binnenkonjunktur getriebene Importwachstum noch stärker aus. Insgesamt bleibt das Wirtschaftswachstum in Deutschland breit gestützt. Die Erwerbstätigenzahl wird weiter steigen. Gleichzeitig geht die Arbeitslosenquote zurück und erreicht mit 5,2 Prozent den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Diese positiven Zahlen dürfen uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Wachstumsrisiken zugenommen haben. Die größte Gefahr für das Wirtschaftswachstum – auch auf längere Sicht – liegt im zunehmenden **Protektionismus**. Es lässt sich gut darüber streiten, ab welcher Eskalationsstufe wir von einem Handelskrieg reden wollen. Ich denke sogar, wir sind bereits mitten drin im Handelskrieg. Klar ist, dass die US-Zölle auf Aluminium und Stahl – möglicherweise bald auch auf weitere Gütergruppen – zusammen mit den beschlossenen und unvermeidlichen Gegenmaßnahmen das Weltwirtschaftswachstum spürbar dämpfen können. Auch ein ungeordneter **Brexit** gefährdet die Kontinuität der Handelsbeziehungen mit

Großbritannien. Der jüngst vom britischen Kabinett beschlossene Brexit-Plan ist immerhin ein Fortschritt, Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU) sollten hier anknüpfen. Für die betroffenen Unternehmen auf beiden Seiten des Ärmelkanals ist ein Verbleiben Großbritanniens in der Zollunion deutlich besser als die von den Briten geplanten komplexen Zollregelungen. Diese hätten hohe bürokratische Belastungen zur Folge. Der beste Brexit wäre natürlich der abgesagte Brexit. Denn aus ökonomischer Sicht wird der Austritt der Briten aus der EU unnötige Nachteile mit sich bringen – schwerpunktmäßig auf der Seite Großbritanniens. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor ist der wirtschaftspolitische Kurs in **Italien**. Aufgrund der Größe des Landes, der hohen Staatsverschuldung und der Risiken im Bankensektor können die Wirtschaftsentwicklung und die Finanzstabilität im Euroraum beeinträchtigt werden. Eine Warnung ist hier die Entwicklung der Staatsanleiherenditen seit der Bildung der italienischen Regierung Anfang Juni. Der Spread der zehnjährigen italienischen Staatsanleihen im Vergleich zur deutschen Benchmark ist seitdem um mehr als einen Prozentpunkt gestiegen. Es ist ganz entscheidend, dass Italien eine für das Land und für Europa verantwortungsvolle Politik betreibt. Denn Italien hat für die Eurozone quasi systemische Bedeutung.

Aus unternehmerischer Sicht können wir uns auf diese Risiken vorbereiten und sie in unserem wirtschaftlichen Handeln berücksichtigen. Aus politischer Sicht zeigen diese Gefahren deutlich: Wir brauchen ein starkes **Europa!** Zu Recht hat Bundeskanzlerin Angela Merkel als Prioritäten der Europapolitik benannt, dass Europa wirtschaftlich stark und innovativ bleibt – neben einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik und einer gemeinsamen Asyl- und Entwicklungspolitik. Nur ein starkes geeintes Europa kann auf der internationalen Bühne die Interessen der Bürger und der Wirtschaft durchsetzen. Es ist wichtig, dass sich Deutschland und die EU deutlich gegen den Protektionismus positionieren. Das deutsch-japanische Handelsabkommen setzt hier bereits ein wichtiges Zeichen für den Freihandel. Bei dem Austrittsvertrag mit Großbritannien muss die EU die Prinzipien des Binnenmarktes verteidigen und gleichzeitig offen für pragmatische Lösungen bleiben. Einigkeit ist aber nicht nur in Europa notwendig. In den vergangenen Wochen hat auch die Bundesregierung kein gutes Bild abgegeben. Überschaubare Differenzen in der Flüchtlingspolitik dürfen nicht im Vorfeld einer Landtagswahl zu einer Regierungskrise eskalieren. Weniger Ich-Bezogenheit in so mancher politischen Diskussion täte Deutschland – und nicht nur Deutschland – gut. Es fehlt ja nun beileibe nicht an wichtigen und drängenden Herausforderungen.

Ein starkes Europa bedeutet aber auch: eine hohe wirtschaftliche Krisenfestigkeit der EU-Staaten – besonders des Euroraums. Wenn Gewitterwolken aufziehen, muss die Wirtschaft möglichst wetterfest aufgestellt sein. Bislang haben zu wenige Länder die Niedrigzinsphase zur

Konsolidierung der öffentlichen Haushalte genutzt. So sind beispielsweise die **Staatsschuldenquoten** in vielen Ländern immer noch nahe an den Höchstständen der Euroschuldenkrise. Die Staatsschuldenquoten in Italien und Frankreich werden nach den Prognosen der Europäischen Kommission in diesem Jahr bei 131 beziehungsweise 96 Prozent liegen, in 2014 waren sie praktisch genauso hoch (132 beziehungsweise 95 Prozent). Institutionell ist der Euroraum bereits heute viel robuster aufgestellt als vor den Krisenjahren. Bei den verbleibenden Reformen zur **Stärkung der Währungsunion** muss aber Qualität wichtiger als Geschwindigkeit sein. Beim Risikoabbau sehe ich hier einen fundamentalen Konflikt in Europa. Italiens Wirtschaftsminister Giovanni Tria sagte jüngst, er habe Probleme mit den auf dem Tisch liegenden Vorschlägen zur Bankenunion. Risikoteilung dürfe nicht daran geknüpft werden, dass Risiken zuvor abgebaut werden. Auch EZB-Präsident Mario Draghi sieht, wie er jüngst im EU-Parlament in Brüssel sagte, Risikoteilung bereits als eine deutliche Hilfe zur weiteren Risikoreduzierung. Daher möchte ich an dieser Stelle auch mit Blick auf die Europäische Einlagensicherung (EDIS) deutlich sagen, dass ich hier zunächst die Banken der einzelnen betroffenen Länder in der Pflicht sehe, die Risiken in ihren Bilanzen abzubauen. Da ist noch sehr viel zu tun.

Auch die Letztsicherung des Bankenabwicklungsfonds durch einen weiterentwickelten **Europäischen Stabilitätsmechanismus** (ESM) darf erst nach ausreichender Risikoreduzierung aktiviert werden. Risiken sind auch die hohen Bestände an **Staatsanleihen in den Bankbilanzen**, insbesondere des eigenen Staates. Dieser Bestand lag in Deutschland, zusammen mit den meist an Kommunen ausgereichten Buchkrediten an die öffentliche Hand, im ersten Quartal 2018 bei 6,4 Prozent der Bilanzsumme der deutschen Banken. In Italien, Portugal und Spanien lag der Anteil demgegenüber mit 16,5 Prozent, 11,1 Prozent und 10,5 Prozent jeweils im zweistelligen Bereich. In absoluten Zahlen wird dies noch plastischer: Wenn die italienischen Banken ihren Anteil an Forderungen gegenüber der italienischen öffentlichen Hand auf das deutsche Niveau senken wollten, das nah am Durchschnitt des Euroraums liegt, müssten sie ihren Bestand an Anleihen und Krediten um gut 370 Milliarden Euro senken. Aus diesem Grund ist es so wichtig, Risiken von Staatsanleihen in den Bankbilanzen stärker zu berücksichtigen. Geschehen könnte dies durch eine quantitative Obergrenze und eine im Start maßvolle Eigenkapitalunterlegung, die greift, wenn Schwellenwerte überschritten werden. Beide Komponenten sollten meiner Meinung nach so adjustiert werden, dass für Forderungen gegenüber Staaten mit einwandfreier Bonität möglichst geringe zusätzliche Eigenkapitalbelastungen entstehen. Ansonsten entstünden große Nachteile für europäische Banken im globalen Wettbewerb. Außerdem sind ausreichende Übergangszeiträume nötig. Meine Damen und Herren, nun hat mein Kollege, Herr Dr. Martin, das Wort, der Ihnen den konsolidierten Jahresabschluss im Einzelnen näherbringen wird.